



Rede - ENTWURF

BDI Mittelstandspanel Herbst 2009

Pressekonferenz
8. Dezember 2009
Berlin

Arndt G. Kirchhoff
Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1432
F: 030 2028-2432

Internet
www.bdi.eu

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte mich bei meiner Kommentierung der Herbst-Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels auf die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen konzentrieren. Im Befragungszeitraum lag die Bundestagswahl am 27. September mit bekanntem Ausgang. Meine Schlussfolgerungen möchte ich in folgenden fünf Punkten zusammenfassen.

1. Die Richtung stimmt:

Die mittelständischen Unternehmen zeigen sich im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wieder optimistischer. Vorschußlorbeeren werden der neuen Bundesregierung aber nur in Maßen zuteil. So überwiegen insgesamt noch die Negativvoten, Aber das Ende des wahlkampfbedingten Reformstillstands wird von der mittelständischen Industrie offensichtlich positiv bewertet. Der Koalitionsvertrag und die ersten Schritte der neuen Bundesregierung stärken das Vertrauen in den Handlungswillen und die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung. Dies ist gerade jetzt wichtig. Denn Vertrauen ist die wichtigste Währung in Krisenzeiten.

2. Die Reihenfolge stimmt:

Machen wir uns nichts vor, die Krise ist noch längst nicht überwunden. Durch die extrem niedrigen Basiswerte im Vorjahresvergleich wird der Aufschwung überzeichnet. Vor uns liegt noch ein langer und steiniger Weg. Insofern stimmt die Reihenfolge, in der die Bundesregierung die Aufgaben angeht. Erst die Krisenbewältigung und dann die Strukturreformen für nachhaltiges Wachstum. Das jetzt auf den Weg gebrachte

Wachstumsbeschleunigungsgesetz vereint in sich zwei entscheidende Merkmale, auf die es jetzt ankommt:

Seite
3 von 3

- Es beseitigt krisenverschärfende Elemente, insbesondere bei der Zinsschranke und der Erbschaftsteuer.
- Es schafft Vertrauen, weil es die von der Koalition **vor** der Wahl angekündigten Sofortmaßnahmen **nach** der Wahl sofort aufgreift und rasch umsetzt.

3. Der wirtschaftspolitische Wunschzettel der Befragten mittelständischen Unternehmen ist – zum wiederholten male – unverändert: Die TOP-3-Liste „Bürokratieabbau“, „Senkung der Lohnzusatzkosten“ und „Stärkung von Aus- und Weiterbildung“ kennen wir seit Jahren. Sie ist meiner Ansicht nach ein Beleg dafür, dass der Weg zu stärkerem Wachstum nur über nachhaltige strukturverbessernde Maßnahmen gelingen wird.

Es ist deshalb richtig, am 25%-Abbauziel in Sachen Bürokratie festzuhalten und die Anstrengungen zu verstärken. Der Normenkontrollrat muss seine Arbeit nicht nur fortsetzen, sondern spürbar intensivieren. Und der Anwendungsbereich seiner Regeln muss weit über die bis jetzt nur untersuchten Informations- und Dokumentationspflichten hinausgehen.

Es ist deshalb auch richtig, dass die Koalition die Gesundheitsreform zu einem wichtigen Projekt ihrer Legislatur macht. Einer der Kernpunkte ist die Abkoppelung der Krankenkassenbeiträge von den Lohnkosten. Zusätzlich kommt es darauf an, mehr Wettbewerb in das Gesundheitssystem zu bringen - auch über den Versicherungsbeitrag. Außerdem müssen Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden - wie auch Innovations- und Wachstumschancen.

Es ist auch richtig, Bildung und Forschung stärker in den Focus zu rücken. Nur mit Innovationen lösen wir Probleme und schaffen

mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Deswegen brauchen wir eine steuerliche Forschungsförderung für alle Unternehmen, um die Förderlücke zu unseren Hauptkonkurrenten in der OECD zu schließen. Der Wachstumseffekt ist nach unseren Schätzungen beträchtlich: Mittelfristig würden aus 4 Mrd. Euro steuerliche Forschungsförderung 12 Milliarden Wertschöpfung werden. Der Staat bekäme seinen Einsatz vollständig zurück. Der Wachstumspfad Deutschlands könnte um fast ein halbes Prozent angehoben werden.

4. Mein vierter Punkt:

Unser Wohlstand wird auf den Weltmärkten gesichert.

Die in der Krise zum Teil hart getroffene Exportindustrie ist kein Beleg für die These, wir sollten uns in Deutschland stärker auf die Binnennachfrage konzentrieren und die Exportorientierung unserer Wirtschaft reduzieren. Zur intensiven Einbindung in die internationale Arbeitsteilung gibt es keine Alternative. Wir sind spezialisiert auf weltmarktorientierte Industrien und industriennahe Dienstleistungen. Dort sind wir hochgradig wettbewerbsfähig und deshalb erfolgreich. Unseren Wohlstand und unser Wachstum verdanken wir in großem Maße der Exportindustrie. Mit knapp einem Prozent an der Weltbevölkerung bestreitet Deutschland mehr als 10 Prozent des Welthandels.

Deshalb brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Ausrichtung von Politik und Unternehmen auf die Anforderungen des Weltmarktes, mehr Mut zum Gang über die Grenzen und mehr Begleitung dieses Prozesses durch die Wirtschaftspolitik. Dafür muss die Bundesregierung die weltweite Gestaltung der außenwirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere die globale Handels- und Investitionsfreiheit, vorantreiben. Zudem muss die deutsche Außenwirtschaftsförderung, von der

Finanzierung und Absicherung von Auslandsgeschäften bis zur Auslandsmesseförderung, gestärkt werden - damit die Außenwirtschaft Motor des Aufschwungs sein kann.

Seite
5 von 5

Und weil wir im internationalen Konkurrenzkampf nicht billiger werden und sein können, müssen wir besser sein. Besser werden wir durch mehr Innovation in Produkte, Prozesse und industrienahen Dienstleistungen. Innovation und Internationalisierung sind also zwei Seiten einer Medaille für das Industrieland Deutschland.

5. Auf die Balance kommt es an:

Die Regierungskunst der nächsten Jahre wird darin bestehen, die Balance zwischen drei Zielen zu finden.

Erstens, die Haushaltskonsolidierung muss vordringliches Ziel der Bundesregierung bleiben.

Zweitens, sie muss durch Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung die Innovationskraft der deutschen Industrie stärken.

Drittens, sie muss strukturell unser Steuersystem angehen. Das Steuerrecht muss vereinfacht werden, die Leistungsträger müssen entlastet und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt werden.

Diesen Dreiklang richtig auszutarieren, inhaltlich und zeitlich, ist die große Herausforderung, vor der die Bundesregierung jetzt steht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!